

II-2274 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 20. März 1973

No. 1154/J

**A n f r a g e**

der Abgeordneten Zeillinger  
und Genossen,  
an den Herrn Bundesminister für Finanzen,  
betreffend Jahresausgleich bei Arbeitnehmern, die  
zu Truppenübungen herangezogen werden.

Gemäß § 72 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes  
1972 ist bei Arbeitnehmern, die zu Inspektionen/Instruktionen  
bzw. Truppenübungen herangezogen werden, ein Jahres-  
ausgleich von Amts wegen vorzunehmen, falls die Summe  
der Einkünfte 80.000,--S übersteigt.

Durch die Wehrgesetznovelle 1971 wurden nunmehr für  
alle Wehrpflichtigen obligatorische Truppenübungen im  
Gesamtausmaß von 60 Tagen eingeführt, die nach den  
Vorstellungen des Herrn Bundesministers für Landes-  
verteidigung in 6 Übungen zu 10 Tagen abgeleistet  
werden sollen. Dies wird in Zukunft zu einem sprung-  
haften Anstieg der Anzahl von amtswegigen Jahres-  
ausgleichen führen; was nicht nur eine enorme Belastung  
für die Finanzverwaltung, sondern auch längere Warte-  
zeiten für die Betroffenen bedeutet.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den  
Herrn Bundesminister für Finanzen die

**A n f r a g e :**

Werden Sie die Möglichkeit prüfen, durch geeignete Maß-  
nahmen die Durchführung des Jahresausgleichs von Amts  
wegen in jenen Fällen entbehrlich zu machen?